

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Voik und Zeit“ 20 Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 2,50 Gulden, in Deutschland 2,50 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 4. Spalte, 2.50 Gulden, die 5. Spalte, 1.50 Gulden, in Deutschland 0,50 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 213

Donnerstag, den 11. September 1924

15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksaal 3290

Der Bürgerkrieg in China.

Intervention der europäischen Mächte?

Die britischen, amerikanischen, italienischen und japanischen Kriegsschiffe haben jetzt ebenfalls See Soldaten zum Schutze der europäischen Kolonie in Schanghai gelandet, nachdem bereits 24 Stunden früher französische Truppen an Land gegangen sind. Inzwischen ist der Kriegsschauplatz mehr und mehr an die Stadt heran verlegt worden.

Eine Intervention der Mächte, über die trotz aller Ablehnungsversuche ernsthaft beraten wird, steht bisher noch auf Schwierigkeiten, weil die Sympathien der Mächte für die Kampfparteien geteilt sind. England, das die unmittelbare Kontrolle der Haupteinnahmequellen der Zentralregierung durch seine Beamten in Händen hat, sieht seine Interessen auf der Seite der Zentralregierung liegen, während z. B. Frankreich entschieden mit den Tschingli-Gruppen sympathisiert.

Durch Wolffs Tel.-Bureau wird aus Peking gemeldet, daß die dortigen Ausländer fast einstimmig den Vorschlag mißbilligten, nach welchem die Mächte in den chinesischen Bürgerkrieg eingreifen sollen. Sie meinen, diese Intervention werde nur eine Verspätung der Wiedervereinigung des Landes zur Folge haben.

Aus englischer Quelle wird eine Nachricht verbreitet, die den Eindruck erwecken könnte, daß Sun Yat Sen in seinen letzten Aufzügen und Manifesten bolschewistische Ideen proklamiert hätte. Andererseits laufen aus englischer Quelle zahlreiche Nachrichten ein, nach denen Sun Yat Sen das Geld zur Durchführung seiner Stützungsaktion fehlt. Im ganzen gesehen sind die Nachrichten aus China sehr verworren. Uebereinstimmung herrscht nur darin, daß die Kämpfe, die sich abspielen, sehr erbittert sind. Aus Schanghai wird sogar gemeldet, daß das Bombardement in der letzten Nacht so stark gewesen sei, daß es einem Schützengraben-Bombardement an der französischen Front während des Weltkrieges ähnelte.

Fortsetzung der Abrüstungsdebatte in Genf.

Die dritte Kommission fehrte am Mittwochmittag ihre allgemeine Abrüstungsdebatte fort. Die Vertreter Serbiens und Japans bekannten sich beide zum Schiedsgerichtsgebanten, betannten aber, daß Abrüstung ohne Garantie unmöglich sei. Lord Parmoor betonte nochmals den englischen Standpunkt, daß besondere Garantieverträge nicht notwendig seien, da die im Pakt vorgesehenen Garantien genügen. Fortfahrend erklärte er: Ein Abrüstungsplan ist aber solange unvollkommen, als Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist. Es ist ein Urteil für den Völkerbund und für Deutschland selbst, wenn es eintreten würde. Es ist heute noch nicht möglich zu sagen, ob Deutschland noch im Laufe dieser Sitzung an der Arbeit der Konvention teilnehmen kann. Ich lege jedoch Wert darauf, entsprechend den Erklärungen Macdonalds nochmals zu erklären, daß die englische Delegation jeden Vorschlag, der auf eine Zulassung Deutschlands hinführt, mit allen Mitteln unterstützen wird. Im gegebenen Augenblick wird hierzu die britische Delegation mit einem Vorschlag hervortreten. — Boncour (Frankreich) stellt die Untrennbarkeit der beiden Fragen: Sicherheit und Abrüstung in den Vordergrund seiner Ausführungen, gibt aber zu, daß die im Garantiepakt vorgesehenen Verpflichtungen über die im Pakt gewante Grenze noch hinausgingen. Die Garantieverträge dürften den Sonderverträgen vor dem Kriege gleichen. Die französische Delegation vertritt die Auffassung, daß alle Nationen offen die Karten auf den Tisch legen müßten. Die Kommission müßte unbedingt zu einem Ergebnis in der Abrüstung kommen, wenn nicht der Völkerbund und ganz Europa zugrunde gehen sollten. Die Schiedsgerichtsfrage sei nicht von der Abrüstungsfrage zu trennen. Boncour stimmt Lord Parmoor schließlich darin zu, daß die Arbeiten nicht eher zu einem erzießlichen Ende gebracht werden können, bis Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist. — Als letzter Redner in der Mittwoch-Debatte spricht Lange (Norwegen), der ausführt, daß die Abrüstung nur gegen Garantie möglich sei. Als Uebergangsmittel empfiehlt er die Anwendung von entmilitarisierten Zonen. Es sei auch noch sehr fraglich, ob angesichts der modernen Waffen das Problem einer militärischen Verteidigung nicht überhaupt eine Usmäre sei.

In der vorgestrigen Sitzung des Völkerbundes fand die allgemeine Debatte über den Bericht des Rates ihren Abschluß. Gymans-Belgien verteidigte im weiteren Verlauf der Debatte den Völkerbundsrat gegen die Angriffe des Grafen Appony am Dienstag. In der Minoritätenfrage wurde vom Völkerbundsrat das Mögliche getan. — Sizinski-Polen: Die Anwendung der Schutzbedingungen für die Minoritäten wird oft dadurch verhindert, daß die Minoritäten für die Politik anderer Völker nur ein Kampfmittel sind. Die Verhandlungen über den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit für Bewohner des ehemals deutschen Gebietes haben am 30. August zu einer Konvention geführt, die noch vor dem 1. Dezember ratifiziert werden soll. Ferner wurden durch einen kürzlich gefassten Beschluß in den ehemals deutschen Gebieten partiell gemischte Kommissionen geschaffen, die das Recht haben, Entscheidungen der Landesverwalter in Minoritätenfragen aufzuheben.

Der vierte Ausschuß (Haushaltungs- und Finanzfragen) beriet gestern nachmittags den Vorschlag des internationalen

Arbeitsamts, der für das Jahr 1925 Ausgaben in Höhe von 710.185 Franken vorsieht. Der Direktor des internationalen Arbeitsamts, Thomas, gab eine längere Uebersicht über die Tätigkeit und die wachsenden Aufgaben des internationalen Arbeitsamts. Er teilte mit, daß die Zahl der Ratifikationen der unter dem Regime des Arbeitsamts zustande gekommenen Konventionen seit 1923 von 90 auf 136 gestiegen ist. Er sprach in diesem Zusammenhang den Wunsch aus, daß Frankreich, das noch keine einzige Ratifikation dem Arbeitsamt mitgeteilt hat, bald eine größere Anzahl von Pakten gleichzeitig ratifizieren werde. Ein Antrag Kanadas auf Herabsetzung seiner Beiträge wurde einer Unterkommission überwiesen.

Der fünfte Ausschuß des Völkerbundes, welcher soziale und humanitäre Fragen behandelt, genehmigte den Bericht der Opium-Kommission, deren Vorschlag u. a. auch die Einschränkung der Herstellung gewisser für medizinische und wissenschaftliche Zwecke benötigter narkotischer Mittel und Verbreitung von Propagandaschriften zur Aufklärung über die Folgen des Genusses von Opium und anderen schädlichen Drogen vorsieht. Die Schweiz und einer der südamerikanischen Staaten sollen zur Mitarbeit in der Opiumkommission eingeladen werden. Hierauf erstattete der Völkerbundskommissar Nanzen einen Bericht über die Flüchtlingsfürsorge. Er bezifferte die Gesamtzahl der Flüchtlinge auf 1,5 Millionen, von denen sich nach seinen Angaben 500.000 bis 600.000 in Deutschland aufhalten, deren Anwesenheit bei den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands große Schwierigkeiten bereite. Nanzen beantragte für die Fortsetzung seines Hilfswerks einen Kredit von 150.000 Franken. Saraut-Frankreich forderte, daß das Flüchtlingswerk künftig einer gemischten Kommission von Vertretern der internationalen Arbeitsorganisationen und des Völkerbundsekretariats übertragen wird.

Die Ratifizierung des Achtstundens-Abkommens.

Ein offizieller englischer Bericht über die Konferenz der Arbeitsminister in Bern besagt, die Minister seien einmütig der Ansicht gewesen, daß die Durchführung der Konvention namentlich aus sozialen Gründen wünschenswert sei. Nach einer eingehenden Prüfung aller Klauseln der Achtstundentag-Konvention zur Beilegung aller Schwierigkeiten, die

aus einer verschiedenen Auslegung entstehen könnten, und um die Ratifikation durch alle Länder zu erleichtern, erklärten die Minister ferner einmütig, daß die gemeinsame Ratifikation möglich ist. Der britische und der französische Arbeitsminister haben bereits bei ihren Parlamenten einen Gesetzentwurf zur Ratifikation eingebracht. Die Tschechoslowakei, Desterreich, Indien, Rumänien und Griechenland haben schon ratifiziert. Das Hauptinteresse der Konferenz galt der Ratifikation Deutschlands, das durch die Verordnung vom Dezember 1923 die Verlängerung des Arbeitstages in gewissen Industrien gestattete. Nachdem ausdrücklich festgestellt worden war, daß die Position aller ratifizierenden Staaten vollkommen identisch ist und keine auswärtige Kontrolle über die wirtschaftliche Gesetzgebung Deutschlands in Frage kommen könne, jagte der deutsche Arbeitsminister zu, daß er die Ratifikation der Achtstundentag-Konvention der deutschen Regierung empfehlen werde, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Dezember-Verordnung baldigst aufgehoben werde.

Erklärungen von Albert Thomas.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, welcher nach den soeben abgeschlossenen Berner Verhandlungen zwischen den Arbeitsministern von England, Frankreich, Belgien und Deutschland über den Achtstundentag und die Ratifizierung der Washingtoner Konvention nach Genf zurückgekehrt ist, empfing gestern die internationale Presse. Er sagte, der Achtstundentag werde bis heute noch nirgends wirklich strikt durchgeführt. In Deutschland allerdings, wo die Bewegung für den Achtstundentag sehr stark sei, bis 1923 an dem Achtstundentag festgehalten worden. Besondere Verhältnisse hätten es aber dann mit sich gebracht, daß von dem Achtstundentag abgewichen wurde. Durch die Berner Verhandlungen über die Frage der Ratifikation der Washingtoner Konvention durch die vier großen Industriestaaten sei ein wichtiger Schritt vorwärts getan.

Zurückweichen der Spanier in Marokko.

Die ungünstigen Nachrichten über die Lage der spanischen Truppen in Marokko vermehren sich fortgesetzt. Eine Verstärkung des Drucks der Eingeborenen auf die spanische Front ist unverkennbar. Infolgedessen ist die weiße Zivilbevölkerung von Tetuan bereits nach Ceuta geflüchtet worden, weil von dort im Falle schlimmerer Ereignisse ihre unmittelbare Verschiffung nach Spanien gesichert ist. Nach Madrider Berichten ist die Räumung der vorgehobenen spanischen Positionen beschlossen worden.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Englands Arbeiterschaft und der Bolschewismus.

Ein englischer Gewerkschaftskongreß beginnt Sonntags mit einer Predigt in der Kirche. Der Text der Predigt kommt gedruckt ins Protokoll. Meistens, so auch diesmal, ist es der Bischof selbst, der die Predigt hält. Zu einem ordentlichen Gewerkschaftskongreß gehört ferner die Begrüßung durch den Bürgermeister und der Empfang beim Grafenschaftsrichter. Man sieht daraus, welche respektvolle Macht die Gewerkschaft im englischen Leben ist: Sie ist ein anerkannter Faktor der Gesellschaft.

Dieser Kongreß bedeutet ein Jubiläum: Es sind gerade hundert Jahre her, seit es in England das Koalitionsrecht und damit eine Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gibt. Und noch eine andere Erinnerung stellt sich ein: Schon einmal, 1886, hat der Gewerkschaftskongreß in Hull getagt. Damals vereinigte er hundertvierzig Delegierte, die anderthalb Millionen Arbeiter vertraten; heute mehr als hunderttausend Repräsentanten von viereinhalf Millionen Protestierten. Der Kongreß von 1886 faßte einen bemerkenswerten Beschluß: Ein „Arbeiterwahlkomitee“ einzusetzen mit der Aufgabe, Arbeiterkandidaten auszusuchen, um sie — den beiden bestehenden bürgerlichen Parteien vorzuschlagen. Der damalige Sekretär des Gewerkschaftsverbandes, Broadhurst, war gerade von Gladstone in das liberale Ministerium berufen worden und der Kongreß begrüßte ihn und die Regierung zu dieser Erneuerung; dafür konnte sich der damalige Vorsitzende Macdonald rühmen, ein konservativer zu sein und als „konservativer Arbeitervertreter“ kandidiert zu haben. Und heute tagt der Kongreß zum erstenmal unter einer Arbeiterregierung!

Diese verhältnismäßig rasche Wandlung kommt auch in der Prinzipienklärung zum Ausdruck, die diesmal dem Kongreß vorliegt und die die sonst jährlich wiederkehrenden verschiedenen Resolutionen, in denen die Gewerkschaften auf mehr oder weniger platonische Grundzüge festgelegt werden sollten, ein für allemal zusammenfassen und dadurch überflüssig machen will. Diese „Magna Charta der Gewerkschaften“ enthält — unter Vermeidung des Wortes Sozialismus — das Bekenntnis zur Notwendigkeit „grundlegenden Änderungen unseres gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systems“ und folgende programmatische Forderungen: Gemeineigentum und öffentliche Verfassung über die Naturkräfte und die der Allgemeinheit dienenden Unternehmungen, insbesondere Sozialisierung des Grund und Bodens, der Werke und Eisenbahnen; gesetzliche Mindestlöhne; angemessene Erhaltung der Arbeitslosigkeit; Schulung der Jugendlichen und auch der erwachsenen Arbeitslosen; Wohnungsverhältnisse; staatliche Vorstufe für die volle Möglichkeit der Erziehung von der Volksschule bis zur Hochschule; Invaliditätsversicherung; Altersversicherung vom sechssten Lebensjahr an und Witwenversicherung.

Schon diese allgemeinen Forderungen zeigen, daß sich die englischen Gewerkschaften mit einer Reihe von Fragen beschäftigen, die den Gewerkschaften in anderen Ländern nur

zu gut bekannt sind, weil sie allgemeine Angelegenheiten der Gewerkschaftsbewegung sind. Das wird noch deutlicher, wenn man einige andere Punkte der Tagesordnung — die im wesentlichen aus den Anträgen der einzelnen Verbände besteht — herausgreift. Da ist die große Frage des Ueber-ganges von der ursprünglichen Organisation in kleinen Berufsvereinen (Craftunions) zur Bildung der großen Industriegruppenverbände (Industrial-unions), die nach dem Prinzip der Betriebsorganisation aufgebaut sind: Ein Antrag des Holzarbeiterverbandes verlangt, daß sich der Kongreß ausdrücklich für diese „Reorganisation“ der Gewerkschaftsbewegung erkläre. Da ist die Frage der vielen kleinen „Grenzaktivitäten“ zwischen den Gewerkschaften, die auf dem vorjährigen Kongreß böses Blut gemacht haben. Da sind Anträge zur Verbesserung der Unfallversicherung und der Fabrikinspektion, Forderungen nach Abschaffung der Heimarbeit, nach Landarbeiterrecht, nach der „sozialpolitischen Klausel“ (Schutz vor Schundlöhnen und nichtorganisierten Arbeitern) in allen Lieferungsverträgen des Staates oder der Gemeinden sowie bei allen aus öffentlichen Mitteln unterstützten Unternehmungen und schließlich die strikte Abschaffung obligatorischer Schiedsgerichte bei Arbeitsstreitigkeiten.

Diese englischen Gewerkschaften, die den Begriff Disziplin zur Not innerhalb des einzelnen Verbandes, schon nicht mehr in ihrer eigenen nationalen Organisation kennen, sind vielleicht gerade deshalb in der letzten Zeit in sehr einfacher Weise um die Lösung der Probleme der internationalen Organisation bejagt: Sie wollen um jeden Preis auf gewerkschaftlichem Gebiet Amsterdam und Moskau zusammenbringen. Purcell, der Vorsitzende des Kongresses, der zugleich seit kurzem Vorsitzender des internationalen Gewerkschaftsbundes ist, hat diesen Wunsch in seiner Eröffnungsrede sehr stark betont und er ist dabei sogar über den Rahmen des Beschlusses, den der Internationale Gewerkschaftskongreß in Wien zu dieser Frage gefaßt hat, hinausgegangen. Das ist nun eine Frage, die zugleich eine allgemeine der gesamten Gewerkschaftsbewegung und eine besondere der englischen ist, oder, wenn man will, eine internationale Frage, unter dem spezifisch englischen Gesichtspunkt betrachtet: es ist kein Zweifel — wie die gleichzeitige Nichtzulassung der Arbeitslosen- und Wirtschaftsrateorganisationen, das heißt die Fernhaltung kommunistischer Zellen aus der offiziellen Gewerkschaftsorganisation beweist —, daß sich die reformistischen Führer der englischen Gewerkschaften die kommunistisch orientierte Opposition in ihren eigenen Verbänden vom Leibe halten wollen, indem sie sie mit den Russen fraternisieren.

Die Anwesenheit der russischen Gewerkschaftsvertreter auf dem britischen Gewerkschaftskongreß in Hull, besonders aber die entsetzliche Begrüßung, die sie gefunden haben, dürfte von der Arbeiterschaft des Kontinents mit einigem Kopf-schütteln zur Kenntnis genommen worden sein. Sie ist, be-

Am nächsten Tage, als MacDonald die Schreihandschreihingem hatte, hat der wüßige Verdrüßungspartheiung in demer sich mit lehrerlicher Gehoblung gegen die Reberhien genommen, die Schreier, Schreier und Sattler gemacht haben.

Ich habe mir vorstelle, daß ein Mensch, der sich nicht gern mit Details befaßt, nur jenes Lob MacDonalds und diesen Tadel der Zeitungen zur Charakterisierung der neuen und der alten Gedankenwelt in sich aufnimmt.

Wirtschaftsbeihilfe für Beamte.

Rückverweisung des Personalabbaugegesetzes. - Der unzulängliche Demobilisierungskommissar.

Der gestrigen Volkstagsitzung sahen insbesondere die Beamten mit Spannung entgegen, weil zwei Beamtenfragen beherrschende Beschlüsse zu fassen waren. Auf der Tagesordnung stand u. a. das Gesetz über Herabminderung der Personalkosten in der Freien Stadt Danzig (Zwangspensionsgesetz) und der Antrag auf Zahlung von Wirtschaftsbeihilfen an untere und mittlere Beamte. Die Zuschauertribüne wies denn auch einen starken Besuch auf.

Die Verhandlungen begannen mit einer Senats-Erklärung, abgegeben durch den Senator Dr. Strunk, die sich gegen eine Aussetzung des Abg. Gen. Arczynski richtete. Dieser hat anlässlich der letzten Beschlusssitzung über das Kraftwerk Bölkow im Volkstag mißbilligend erklärt, daß Richter, die in dem Verwaltungsstreitverfahren Schönhof-Stadt Danzig mitgewirkt haben, im Hause Carlsons ein- und ausgingen. Das soll nach der Erklärung des Senats unzulässig sein. Von den beteiligten Richtern unterhalte niemand freundschaftlichen Verkehr mit Herrn Carlson. Auf Antrag des Senats fand eine Besprechung dieser Erklärung statt, worauf Abg. Gen. Arczynski entgegnete, daß bei seinen wiederholten Besichtigungen der werdenden Anlage der Name Schulz-Pilott in diesem Zusammenhang genannt worden sei. Die Angelegenheit war damit erledigt. Der Antrag des Senats auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gen. Loops wurde dem Rechtsausschuß überwiesen. Dieser empfahl der Volkskammer, die Immunität des Abg. Wahl (D.D.P.) aufzuheben, die Strafverfolgung des Abg. Rezkowski (K.) jedoch nicht zu genehmigen. Das Haus beschloß, in beiden Fällen die Immunität nicht aufzuheben.

Die Wahl eines Mitgliedes zum Finanzrat konnte nicht erfolgen, da der Senat seinen Antrag wieder zurückgezogen hatte. Der Gesetzentwurf über Änderung des Finanzrats ging debattelos an den Hauptausschuß. Die Aufhebung des provisorischen Gesetzes über die landwirtschaftliche Unfallversicherung soll den Sozialen Ausschuss beschäftigen. Dem Steueraussschuß wurde der umfangreiche Gesetzentwurf über Änderung des Stempelsteuergesetzes überwiesen. In 2. und 3. Lesung wurde alsdann der Gesetzentwurf über Änderung des Hypothekendarlehengesetzes endgültig verabschiedet.

Nunmehr fand der Gesetzentwurf über Herabminderung der Personalausgaben in der Freien Stadt Danzig zur Beschlusssitzung. Als einziger Redner zu diesem Problem sprach Abg. Gen. Kamnitzer, der betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion schon seit Jahren eine radikale Minderung des Verwaltungsauswastes fordert. Der Freistaat leidet unter einer Beamteninflation, die schließlich nicht mehr tragbar ist. Trotz der wiederholten Forderungen nach einer Verwaltungsreform ist nichts Wirkliches geschehen, so daß nun selbst auch die Mittelparteien die Forderung erheben. Beim Senat herrscht jedoch ein solches Schweigen. Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht in keiner Weise den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion hinsichtlich des Beamtenabbaus. Es wird durch Annahme der Vorlage so auf wie nichts erreicht, denn es fallen sofort nur 94-97, im nächsten Jahre weitere 100 Beamten unter das Gesetz. Wenn etwas Wirkliches erreicht werden soll, müssen andere Maßnahmen getroffen werden. Redner befürwortet alsdann die Schaffung eines Beamtenrechts, das die Möglichkeit gibt, den Beamtenanbau auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Die sozialdemokratische Fraktion fordere deshalb nachmalige Ausschussherratur der Vorlage, um sie wirksam zu gestalten. Die Mehrheit des Hauses konnte sich der Vereinfachung dieses Antrages nicht verschließen und stimmte ihm zu.

Die Wirtschaftsbeihilfen für Beamte

Standen sodann zur Beschlusssitzung. Anträge auf eine allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter haben bekanntlich im Ausschuss keine Mehrheit gefunden. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen wurde schließlich ein Antrag Schmidt (D.P.) angenommen, der für den 1. Oktober die Auszahlung folgender Wirtschaftsbeihilfen fordert: bis 200 Gulden Monatsgehalt 50 Prozent, von 201 bis 250 Gulden 40 Prozent, von 251 bis 300 Gulden 30 Prozent, von 301 bis 350 Gulden 25 Prozent, von 351 bis 400 Gulden 20 Prozent. Zu diesem Beschluß der Ausschussmehrheit lagen verschiedene Änderungsanträge vor. In einer Debatte kam es nicht abwärts eine solche in Aussicht gestellt worden war. Ein Antrag, der die Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfen sofort nach Annahme des Ausschussantrages forderte, wurde angenommen, ebenso der Antrag, in die Ausschussvorlage an Stelle des Wortes „Einkommen“ das Wort „Grundbesitz“ zu setzen. Eine Mehrheit fand auch der Antrag der bürgerlichen Parteien, daß etwaige schon gewährte Vorläufe auf die Wirtschaftsbeihilfen angerechnet werden können. Beschlossen wurde ferner, daß die Wirtschaftsbeihilfen auf künftige Gehaltssteigerungen angerechnet werden können. Der sozialdemokratische Antrag, daß das nur geschieht, wenn diese bis zum 1. Januar 1925 erfolgt sind, wurde leider abgelehnt. Selbst wenn nun die Minderung der Beamtengehälterordnung sich um längere Zeit verzögern sollte, stehen die Beamten immer unter dem Druck, daß ihnen von der angedrohten Erhöhung die Wirtschaftsbeihilfe abgezogen wird. Die so abgeminderte Ausschussvorlage wurde alsdann endgültig angenommen. Die kommunistische Fraktion hatte weitergehende Anträge gestellt, für die sich jedoch keine Mehrheit fand.

Der von der Deutsch-Danziger Partei vorgeschlagene Gesetzentwurf über Durchbrechung der Sonntagsruhe wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Dann setzte sich die Mehrheit des Volkstages wieder einmal sehr

großartig. Die sozialdemokratische Fraktion hat bekanntlich eine Erhöhung der Bezüge der Zivilblinden beantragt und entsprechende Vorschläge gemacht. Der Ausschuss hat zwar der Erhöhung der Renten für diese Unglücklichen zugestimmt, aber die Vorschläge sind so gering, daß die Mehrkosten jährlich 4200 Gulden für 50 Personen betragen. Das Gesetz wurde in 1., 2. und 3. Lesung angenommen.

Die Tätigkeit des Demobilisierungskommissars.

war alsdann Gegenstand einer längeren Debatte. In Verfolg einer sozialdemokratischen großen Anfrage hat der Sozialer Ausschuss beschlossen, das Amt des Demobilisierungskommissars, in dem bisher 2 Personen wirkten, nur mit einer Person zu besetzen, und weiter den Senat zu ersuchen, dieses Amt mit einem dazu befähigten Beamten zu besetzen. Dieser Antrag fand gestern zur Beschlusssitzung. Abg. Gen. Rezkowski betonte, daß im Sozialen Ausschuss allseitig Mißbilligung gegen die Demobilisierungskommissare zum Ausdruck gekommen sei. Ihre Entscheidungen hätten sehr oft dem Geist der in Frage kommenden Bestimmungen widersprochen. Ganz besonders wandte sich Redner gegen die Entscheidung, daß Arbeitgeberorganisationen durch Änderungen ihres Statuts nicht mehr tariffähig sein sollen.

Abg. Hoffmann (K.) leistete sich alsdann den Scherz, zu beantragen, daß der Demobilisierungskommissar von den Gewerkschaftlern auf 1 Jahr gewählt wird. Die Deutschnationalen schickten den Abg. Bahler vor, der erklärte, durch die Annahme des Antrages würde das Recht des Senats auf die Anstellung der Beamten beschnitten. Ihm wurde erwidert, daß der Antrag von deutschnationaler Seite komme. Dann verteidigte sich der Angeklagte, Dr. Blavier (D.D.P.) und verteidigte dabei mit wenig Kenntnis der wirtschaftlichen Vorgänge, daß es höchst verwunderlich ist, daß dieser Mann so lange als Demobilisierungskommissar fungieren konnte.

Abg. Gen. Arczynski riefte dann noch einmal das ganze Sündenregister dieses Demobilisierungskommissars auf, der anstatt den Wirtschaftskrieg zu fördern, ihn oft durch falsche Maßnahmen geschürt habe. Ohne Grund seien Entscheidungen oft wochenlang verzögert worden; Dr. Blavier habe viel an oft den Einküßlungen der Arbeitgeber Gehör geschenkt. Der Senat möge auf diesen Platz ein Mann stellen, der für dieses Amt das notwendige Verständnis habe. Nachst waren auch die Ausführungen des Zentrumsabg. Gaisowski.

Abg. Gen. Spill wies die Undurchführbarkeit des kommunikativen Antrages nach. Die Gewerkschaften würden sich für diese Aufgabe bedanken, denn sie hätten dann die Verantwortung für die Entscheidungen zu tragen. Der Antrag sei zwar gutem Willen entsprungen, aber in der vorliegenden Form nicht durchführbar. Nachdem der kommunikativen Antrag abgelehnt worden war, wurde der Ausschussantrag angenommen. Das Haus vertagte sich alsdann auf heute nachmittag.

Der polizeiliche Amtsschimmel.

Wenn jemand sich in Danzig die Uebertretung einer Polizei-Verordnung zu schulden kommen läßt, so stellt der die Uebertretung wahrnehmende Polizeibeamte die Personalien des Betreffenden fest, fertigt die Anzeige aus und legt sie seinem nächsten Vorgesetzten vor. Die Sonderlichkeit bzw. das Revier geben die Anzeige dann an das Kommando bzw. an die Polizei-Inspektion weiter, durch die sie dem Polizei-Präsidenten erst zur weiteren Bearbeitung zugeleitet wird. Hier wird der Eingangs in die Straßkarte eingetragen, die Strafe festgesetzt, eine Reinschrift gefertigt und diese durch die Post mit Zustellungsbescheid dem Mißstäter zugesandt, der die Strafe dann an die Polizeikasse zu zahlen hat. Der Zeitraum zwischen Uebertretung und Bezahlung währt etwa 14 Tage.

Weitentlich vereinfacht wird dieses Verfahren, wenn jeder Polizeibeamte, der Straßendienst verrichtet, über einen Nach Straßeneinkommen verfügt, in denen lediglich der Name und die Uebertretung eingetragen wird. Diese Reinschreibung erhält der betreffende Kontrahent sofort bei Reinschreibung seiner Personalien ausbegehrt und hat die Strafe sofort zu entrichten. Im Verlaufsfall sofortiger Bezahlung bleibt das zeitliche Verfahren bestehen. Einsprüche werden wie bisher behandelt, gehen also an das Polizei-Präsidium.

Der Abg. Dr. Blavier weist in einer kleinen Anfrage an den Senat auf diese vereinfachte Methode hin und fragt an, ob er bereit ist, dieser Vereinfachung, die sich in verschiedenen Staaten bewährt habe, auch im Freistaat einzuführen.

Die Kämpfe im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus führten gestern in allen drei Runden zu Entscheidungen. Am ersten Kampf standen sich Siegfried-Tuppreux und der Holländer Tid v. d. Born gegenüber. Dieser erst aufgeführte Kampf endete mit einer Niederlage des Holländers in 27 Minuten. Der zweite Kampf endete in verhältnismäßig kurzer Zeit. Hier standen sich der Schotte Rimm MacDonald und der deutsche Amateurneuer Reinhold Philson gegenüber. Dem massiv gebauten Geopier unterlag der sich sehr zierlich verteidigende Philson schon nach 10 Minuten. Der Entscheidungskampf zwischen César Parra und Hans Godsch war ein sehr hartnäckiger, aber in Form sehr gut durchgeführter Kampf. Godsch unterlag dem mit einer vorbildlichen Ruhe arbeitenden Parra nach 47 Minuten.

Umwandlung von Angestellten in Beamtenstellen. Auf eine im Volkstag gestellte kleine Anfrage teilt der Senat jetzt

mit, daß er grundsätzlich bereit ist, die dauernd notwendigen, gegenwärtig mit Angestellten besetzten Stellen — mit Ausnahme jedoch der Stellen des Kanzleibienstes (Stenotypisten) — in Beamtenstellen umzuwandeln. An die Umwandlung könne aber erst herangetreten werden, wenn der im Gange befindliche Verwaltungs- und Stellenabbau beendet ist und endgültig feststehe, welche der gegenwärtig noch mit Angestellten besetzten Stellen dauernd notwendig sind. Die in diesen Stellen beschäftigten Angestellten sollen als Beamte angestellt werden, sofern sie die für die Anstellung als Beamte notwendigen Vorbereitungen erfüllen und sofern die Stellen nicht für die Unterbringung von Beamten freigehalten werden müssen, die an anderer Stelle infolge des Personalabbaues freigeworden sind.

Stadttheater Danzig. In der am Sonntag, den 14. September stattfindenden „Vohengrin“-Aufführung sind die Hauptpartien wie folgt besetzt: Den „Vohengrin“ singt Herr Georg Becker, bisher Stadttheater Bremen; die „Elfa“ Fräulein Frieda Wiener vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg als Gast (da die neu engagierte 1. jugendliche Dramatische Fräulein Hilke Kamietz vom Landestheater Schwerin zurzeit erkrankt ist); die „Ortrud“ Frau Kammerjägerin Johanna Brun, bisher königliche Oper Kopenhagen; den „König Heinrich“ Herr Alfred Schütz, bisher Magdeburg; den „Telramund“ Herr Paul Breßler; den „Heerführer“ Herr Max Begemann. Die musikalische Leitung hat Herr L. Kapellmeister Otto Selberg, die Spielleitung Herr Juan Spivak, bisher Stadttheater Königsberg. Der Chor ist auf 33 Mitglieder verstärkt worden und ist ein Herrenchor von 12 Mitgliedern verpflichtet. Leitung der Chöre Herr Kapellmeister Werner Götting.

Beförderungsgesuche in der Schupo. Im Volkstag ist folgende kleine Anfrage eingebracht: „In letzter Zeit mehren sich die Beschwerden über ungleichmäßige Beförderung in den unteren Beamtengruppen der Schutzpolizei. Beamte, die wesentlich später eingestellt sind als andere, werden früher befördert, ohne daß sie sich durch besondere Fähigkeiten oder bessere Führung vor den anderen auszeichnen. Gedenkt der Senat hier Abhilfe zu schaffen und die Richtlinien, nach denen die Beförderungen bisher stattgefunden haben, bekannt zu geben?“

Ausschluß der Öffentlichkeit. Nachdem die „Kleine Bühne“ mit ihrer ersten öffentlichen Aufführung sowohl in der Auswahl des Stückes wie auch der Darsteller vor der Kritik allgemeine Ablehnung erfahren hat, nimmt sie, wie aus einer Erklärung im Angeigenteil hervorgeht, von weiteren öffentlichen Vorstellungen Abstand. Vorstand und Spielleitung des Vereins fühlen sich dabei bemüht, die Schuld für ihre mißlungene Wohltätigkeitsveranstaltung indirekt der Presse zuzuschreiben. Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Leitung der „Kleinen Bühne“ an dem Mißlingen ihrer Pläne selbst die Schuld trägt. Indem sie ihr Unternehmen großartig als „Kammerspiele“ beifetzte, hat sie damit selbst die Verantwortung gegeben, ihre Vorstellungen mit einem ersten kritischen Maßstab zu messen. Wenn die Aufführung diesem nicht standgehalten hat, so liegt darin keineswegs eine Ablehnung erster Dilettantenarbeit. Diese soll vielmehr besonders auch zu wohlthätigen Zwecken durchaus anerkannt werden, nur darf sie nicht in vollkommener Ueberschätzung der Kräfte den ihr gebotenen Rahmen überschreiten.

Eine öffentliche Übung des Arbeiter-Samariterbundes findet unter Leitung des Kommandanten, Herrn Dr. med. Eisen, am Sonntag, den 14. September, vormittags von 10 bis 11 Uhr am Heubuder Strand, circa 150 Meter von der Badeanstalt, Richtung Weichselmündung, statt. Geübt werden Notverbande bei Wunden und Knochenbrüchen, Transport Verletzter und Erkrankter über Hindernisse, Herablassen Verunglückter von Dächern, Bergung aus Gruben, Rettung und Wiederbelebung Verunglückter und Ertrunkener. Alle Freunde und Gönner des Arbeiter-Samariterbundes sind herzlich willkommen. Wünschenswert wäre es, wenn sich Heubuder Jugend und Sportgenossen als „Verunglückte“ zu dieser Übung zur Verfügung halten würden.

Ausstellung Danziger Künstler. Das Stadtmuseum verabschiedet, auch in diesem Jahre im Laufe des November in einer Ausstellung Danziger Künstler eine Uebersicht über das hiesige künstlerische Schaffen während des letzten Jahres zu geben. Am Mittwoch, den 17. September, vormittags 12 Uhr, findet im Stadtmuseum eine Besprechung über Art und Umfang der Ausstellung statt. Zahlreicher Besuch dieser Besprechung seitens der ausübenden Künstler und Künstlerinnen Danzigs ist im Interesse des Aufwandes der Ausstellung wünschenswert.

Spurlos verschwunden ist seit dem 4. September, nachmittags 1½ Uhr, der 16 Jahre alte Lehrling Arnold Schöfer, zuletzt Jopengasse 48 wohnhaft gewesen. Derselbe ist 1,60 Meter groß, schwächlich, dunkelblond. Er war bekleidet mit blauer Jacke, getreuten Hosien, schwarzen Schnürschuhen, ohne Kopfbedeckung. Zweckmäßige Mitteilung erbittet das Polizeipräsidium, Zimmer 75.

Danziger Standesamt vom 11. September 1924.

Todesfälle. Sohn des Kleidermeisters Anton Gnaslin, 3 M. — Witwe Rosalie Adorheim geb. Wietke, 73 J. 4 M. — Ehefrau Sängerin Anna Behre geb. Adorheim, 47 J. 7 M. — Witwe Marianna Goralowski geb. Madakinski, 75 J. 10 M. — Kaufmann Antoni Tuforski, 24 J. 6 M. — Bademeisterin Anna Gargenz, 47 J. 7 M. — Sohn des Stellmachers Andreas Neumann, 3 J. — Kaufmann Max Neuer, 61 J. 5 M. — Tochter des Arbeiters Johann Ludwischewski, 2 J. — Ehefrau Berta Engler geb. Delbner, 39 J. 3 M.



Grosser Räumungs-Verkauf!



Achtung! Von Freitag! Noch nie dagewesen billige Preise, wegen Mangel an Platz da große Mengen Wintergarderobe eintreffen!

Herren-Anzüge 67.-, 57.-, 47.-, 37.-, **27.-**

Eleg. Herren-Anzüge Ersatz für Maß **77.-**

Jünglings-Anzüge 45.-, 35.-, 27.-, 23.-, **19.-**

Kieler Knabenanzüge

spottbillig

Achtung!! Von Freitag bis Freitag! Achtung!!

Einsegnungs-Anzüge von **30.-** G an

Gummimäntel von **33.-** G an

Herren-Hosen mod. Streifen . . . von **4⁵⁰** G an

Nur im Bekleidungshaus London

Ecke - II. Damm Nr. 10 - Ecke

Bestrebungen zur Herabsetzung der Bankzinsen. Der Reichsbankpräsident hat die Stempelvereinigung aufgeföhrt, eine Ermäßigung der Bankzinsen und Provisionen vorzunehmen. Die Stempelvereinigung verhandelt bereits über die Zulassung des Reichsbankpräsidenten, und es soll angestrebt werden, auf folgende Höhe zu kommen: Die Banken sollen für Konfessionenkredite, anstatt gemäß dem Vorschlag Dr. Schacht 15 Prozent zu berechnen, 2 Prozent über Reichsbankdiskont, das heißt 12 Prozent pro anno an Zinsen und 1/2 Prozent pro Monat an Provision, zusammen 18 Prozent pro anno belassen. Die Ueberziehungsprovision soll von 1/2 pro Mille pro Tag auf 1/4 pro Mille pro Tag ermäßigt werden. Die Akzeptprovision soll 1/2 Prozent betragen, so daß akzeptierte Wechsel insgesamt 14 1/2 Prozent pro anno betragen würden. Die Banken sehen die Schwierigkeit der Herabsetzung der Kreditkonditionen darin, daß sie die den Sollzinsen gegenüberstehenden Sabaizinsen wegen der Konkurrenz der Sparkassen und der anderen Kreditanstalten nicht allzu leicht ermäßigen können. Die Gegenforderung der Stempelvereinigung der Reichsbank gegenüber ist, daß diese darauf hinwirken sollte, daß auch die anderen Kreditanstalten die Sabaizinsen herabsetzen, so daß die Banken die derzeit 12 Prozent betragenden Sabaizinsen für 14tägig bis einmonatlich befristete Gelder herabsetzen können. Ferner fordert die Stempelvereinigung, daß die Reichsbank wieder Dreimonatswechsel und Bankakzept diskontiert, um einen Privatskontomarkt aufbauen zu können.

Herabsetzung der polnischen Kohlenpreise. Im Zusammenhang mit der Reduzierung der Bahntarife für die Kohlentransporte haben die oberfähleischen Besenbesitzer beschlossen, mit Wirkung vom 1. September ab die Kohlenpreise zu ermäßigen. Voranschlägliche wird die Ermäßigung zwischen 10 bis 20 Prozent liegen. Eine Tonne Grobkohle wird sich demnach voraussichtlich loco Grube auf 26,95 Mark, Birkföhle I und II auf 27,45 Mark stellen.

Die Verschleuderung der deutschen chemischen Patente in Amerika. Generalkonsul Stone erklärt, wie ein Funktionär aus New York meldet, in einem Schriftsatz an das Bundesbezirksgericht von Philadelphia, daß das Urteil des Richters an diesem Gerichtshof, Morris, der das Klagebegehren der Regierung gegen die „Chemical Foundation“ abgelehnt hat, in wichtigen Punkten auf Irrtum beruhe. Der Generalkonsul wiederholt die Anschuldigung gegen den Präsidenten der Chemical Foundation, der eine Zeitlang mit dem Verkauf der deutschen Patente für den Feinhandel des feinsten Vermögens beauftragt war. Während dieser Zeit habe er unca 4500 deutsche Patente an die den amerikanischen Markt kontrollierende Industrie verkauft. Der Wert dieser Patente habe sich auf mehrere Millionen Dollar jährlich belaufen, der Präsident habe jedoch die Patente für nur 270.000 Dollar an seine eigene Gesellschaft verkauft. Der Verkauf sei daher nicht bona fide gewesen und es wird deshalb eine Wiederaufnahme des Verfahrens verlangt.

Ueberproduktion an Petroleum. Die Halbjahresstatistik über die Bewegung der Petroleumzahlen, die das Mineralbureau der Vereinigten Staaten kürzlich veröffentlichte, zeigen, daß der amerikanische Markt über einen starken Ueberfluß an Petroleum verfügt. Nach dem „Economist“ sei damit zu rechnen, daß die Preise für das Rohöl in naher Zukunft fallen müssen, nicht weil einzelne Gesellschaften „schleudern“, sondern weil wirtschaftliche Erwägungen stark für den Preisabfall sprechen. Deutlich 80 Prozent der Weltproduktion an Petroleum werden in den Raffinerien der Vereinigten Staaten gewonnen, so daß die Weltmarktlage von Amerika so gut wie völlig beherrscht wird. Im ersten Halbjahr 1924 erfuhr Pro-

duktion und Einfuhr von Petroleum eine Vergrößerung um 18 Prozent, während Verbrauch und Ausfuhr nur um 15 Prozent gestiegen sind. Von Ende Dezember 1923 bis Ende Juni 1924 kamen zu den bereits großen Beständen noch 523.938.569 Gallonen hinzu, so groß war die Ueberproduktion. Die Tatsache, daß im Juni die Stöck um rund 50 Mill. Gallonen zurückgingen, wurde begrüßt, umsomehr als im Juli und August der Verbrauch nicht geringer geworden sein soll; doch liegen keine Anzeichen dafür vor, daß ein weiterer Rückgang in den Beständen eingetreten sei. Die Produktion von Rohöl, aus dem das Petroleum gewonnen wird, nehme ständig zu und beträgt gegenwärtig über 2 Mill. Barrels.

Die Besteuerung ausländischer Handelsreisender in Finnland. Im Laufe des August 80.000 Finn. ergeben. Abgesehen von einem Finnländer, der eine ausländische Firma vertritt, wurden 38 Deutsche, 19 Dänen, 10 Engländer, 7 Schweden, 3 Franzosen, je 2 Tschechoslowaken, Polen, Italiener und Schweizer und je ein Holländer, Desterreicher und Ruße besteuert.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Der Bergarbeiterstreik in Belgien. Zu dem in Belgien ausgebrochenen Bergarbeiterstreik wird berichtet: Zurzeit streiken 32.000 Arbeiter. Verschiedene Gruben sind bereits überflutet, wodurch bereits ein großer Schaden angerichtet ist. Man rechnet damit, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit die Wiederinstandsetzungsarbeiten einen Monat in Anspruch nehmen werden.

Der Achtstundentag in Argentinien. Von sozialistischer Seite wurde in der Provinzkammer in Buenos Aires ein Gesetzesentwurf eingebracht, der sich mit der täglichen Arbeitsdauer beschäftigt. Die Lage der ländlichen Arbeiter wird hierbei besonders berücksichtigt. Der Grundgedanke des Entwurfs ist, daß der Achtstundentag für Fabriken, Werkstätten, industrielle Betriebe aller Art, für das Bauwesen, die Holzindustrie und für alle Handwerksbetriebe, sowie auch für die öffentlichen Beamten gelten soll. Was die ländlichen Arbeiter angeht, so wird zunächst im Entwurf bestimmt, daß der Achtstundentag vorgeschrieben sein soll für alle an Maschinen oder für die in den Depots auf Stationen, Häfen usw. beschäftigten Arbeiter. Ferner für das zum Schutze der Arbeiter angeordnete Personal, solange die Schur dauert. Im übrigen sieht der Entwurf für die ländlichen Arbeiter Ruhepausen von bestimmter Dauer vor und enthält Bestimmungen über Verpflegung, Extrararbeit usw. Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz seitens der Arbeitgeber sollen mit einer Geldstrafe von 500 Pesos und 20 Pesos für jeden weiteren Tag, an dem das Gesetz verletzt wird, bestraft werden.

Gemeinden als Mitglieder der Konsumvereine. Aus der Gemeinderatsitzung in Baaf (Kreis Hattingsen, Westfalen) berichtet ein Blatt, daß dortselbst die Zahlung eines Anteils von 30 Mark für den Konsumverein „Vollkraft“, Bochum, und ferner eines Vorbeitrages von 1000 Mark für die vom gleichen Verein angekauften Schulentwürfen einstimmig beschlossen worden sei. Der Amtmann und auch der Gemeindevorsteher hätten es für ihre Pflicht gehalten, zu erklären, daß der genannte Konsumverein der Gemeinde viel genützt habe, insbesondere durch die gute Qualität der Waren. Mit dem von den Konsumvereinen erstellten Katalog hätten hinfür Konsumisten einen Großvorteil bekommen, was nicht der Fall gewesen wäre, wenn die Gemeinde beim Händler gekauft hätte. Im Zusammenhang damit ist zu erwähnen, daß nunmehr seit drei Jahren 17 Stadt- und Landgemeinden und ferner 15 Behörden, Kraftfahrtsämter und Volkshochschulen die Mitgliedschaft bei Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erworben haben.

Kleine Nachrichten

Misstrauen am österreichischen Staat. Die österreichischen Behörden sind einem raffinierten Banknotenschwindel auf die Spur gekommen, der den Staat um viele Milliarden geschädigt hat. Nach dem Frieden von Saint Germain nämlich sind die ehemaligen Staatskassen der Monarchie auf die Nachfolgestaaten verteilt worden, und jeder Staat hat ein Kontingent von Gold- und Bodenrenten gestempelt, weil er sie einlösen muß. Desterreich hat sein Kontingent nicht erreicht und muß nun die fehlenden Stücke an dem Stichtage aus dem Ausland einlösen. Sie notieren aber im Ausland höher als in Desterreich, und diese Differenz haben die Schwindler benutzt. Sie haben von solchen Noten, die in Desterreich im Umlauf sind, den Stempel mit chemischen Mitteln entfernt und die Noten über die Grenze geschmuggelt. Etwa 15 Personen sind an dem Geschäft beteiligt, das sie einhalb Jahr betrieben haben.

Ein Eigenheim der Kölner Arbeiter-Wassersportler. Die „Freie Wassersport-Vereinigung Köln“ hat sich in unermüdlicher Arbeit ein Eigenheim für ihre Paddlerabteilung geschaffen. Seit Jahren wird der Bau von Paddlerbooten durch die Mitglieder der Vereinigung in eigener Regie tatkräftig betrieben. Nach dem Kriege nahm die Zahl der Eigenboote so stark zu, daß die Schaffung eines eigenen Bootshauses zur unbedingten Notwendigkeit wurde. Schon vor zwei Jahren wurde ein kleines Bootshaus für sechs Boote künstlich erworben, das aber den Verhältnissen nur ganz kurze Zeit genügen konnte. Im Juni der vergangenen Jahres wurde mit dem Bau des Bootshauses im Deutzer Hafen begonnen, das nicht nur sechs Boote Raum und Unterkunft bietet, sondern auch ein geräumiges Vereinsheim darstellt.

Die Schweizer Sozialdemokratie. Vom Sonnabend bis Montag tagte in Basel der Parteitag der Schweizer Sozialisten, an dem 270 Delegierte für 120.000 Mitglieder teilnahmen. Der bisherige Vorsitzende, Nationalrat Reinhard, wurde als Vorsitzender wiedergewählt. Der Sitz der Parteileitung bleibt in Bern. Das neue Parteiprogramm wurde einstimmig angenommen. In ihm wird die 48-Stunden-Arbeitswoche und die grundsätzliche Behördenwahl durch das Volk sowie die Teilnahme der Arbeiterkassen am Bundesrat verlangt.

Häuser aus Eisenplatten. Ein Eisensteker in Persbire ist auf den Gedanken gekommen, Häuser aus Eisenplatten zu errichten, und hat mit Versuchsarbeiten bereits begonnen. Inken werden die Platten mit Zement verkleidet, innen mit Mörtel verputzt. Das Gesundheitsministerium hat sich der Sache ebenfalls angenommen.

Bekämpfung des Mädchenhandels. In Graz bejaunt in den nächsten Tagen der internationale Weltkongress zur Bekämpfung der Prostitution und des Mädchenhandels. Der Vorsitzende des Arbeitskomitees, Ilde, erklärte in seinem „Tatfachen“-Bericht: „An der Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 1. Mai 1920 sind in den deutschen Großstädten allein rund 3700 junge Mädchen und Frauen in das Verhängnis der Prostitution verfallen. In ferbische und mazedonische Bordelle sind wiederum noch unzählige Mädchen verschleppt worden. In deutschen Städten, wie Hamburg mit seinen 30.000 Prostituierten, gibt es wohlorganisierte Zentren für Mädchenhandel, die auch ihre „frische Ware“ im Ausland für Bordelle absetzen. Der Fall des Mädchenhändlers Cornelius Müller, der im Sommer 1923 gegen 50 Mädchen für mehrere Millionen Geldmark an einen Holländer verkaufte, beweist die Eintrachtigkeit dieses Geschäftes. Der internationale Kongress, an dem alle Kulturstaaten der ganzen Welt teilnehmen werden, will den Kampf gegen diese Schandlichkeiten aufnehmen.“



Wer hat das beste Pulver erfunden? —

„Dr. A. Oetker“!

„Woher weisst Du das?“

„Von Mama!“



Dr. Oetker's bewährte Rezepte sind in den Geschäften zu haben. Wenn nicht vorrätig, schreibe man eine Postkarte an Dr. Oetker's Nahrungsmittelfabrik, Oliva bei Danzig.

Bildtelegraphie.

Die telegraphische Uebertragung von Photographien und graphischen Darstellungen aller Art, die dem deutschen Erfinder Prof. Arthur Korn gelungen ist, findet augenblicklich in den Vereinigten Staaten mehr Begeisterung und praktische Ausführung als bei uns. In der „Mensch“ wird darauf hingewiesen, daß es gelungen ist, Bilder von Cleveland in Ohio nach New York zu übertragen, auf einer mehr als 1000 Kilometer langen Drahtleitung. Die eigentliche Uebertragung geschah in 4 Minuten 36 Sekunden. 11 Minuten nach der Annahme in Cleveland war eine Straßenlampe bereits in New York wiedergegeben. Die Methode, die dabei angewendet wurde, ist in ganz ähnlicher Weise vor Jahren von Prof. Korn ausgearbeitet worden, bei uns aber nicht zur Einführung gelangt. Das Prinzip der Uebertragung beruht darauf, daß das zu übertragende Bild auf eine durchsichtige Walze aufgelegt wird. Ein von einem Beleuchtungssystem ausgehender Lichtstrahl fällt durch den Zylinder hindurch auf eine im Inneren befindliche photographische Zelle. Die Walze führt außer der Drehung um ihre Achse auch eine fortwährende Bewegung aus, so daß der Lichtstrahl jeden Punkt des Bildes einmal passieren muß. Je nachdem die betreffende Stelle des Bildes hell oder dunkel ist, fällt mehr oder weniger Licht auf die Zelle, die einen der Wellenlängen entsprechenden Strom nach der Empfindlichkeit sendet. Dort wird durch den Strom ein Elektromagnet betätigt, der der Stärke des Stromes entsprechende eine Blende mehr oder weniger öffnet. Durch die Blende fällt ein feiner Lichtstrahl auf einen Film auf einer Walze, die in ihrer Größe, Anordnung und Bewegung genau der in der Zellestation entspricht. Der vollständige Gleichlauf der beiden Walzen wird durch bestimmte Vorrichtungen erreicht. Durch die Größe der Zeichnung der Blende wird die Stärke der Beleuchtung geregelt, so daß jeder Punkt des Aufnahmebildes entsprechend der Schwärze des Bildes in der Zellestation belichtet wird. Das übertragene Bild besteht danach aus einer Reihe feiner Striche, die da, wo kein Licht auf den Film fiel, ausfallen und an den anderen Stellen je nach der Stärke der Beleuchtung mehr oder weniger dick sind.

Es ist gleichgültig, ob die Uebertragung durch Projektion oder auf drahtlosem Wege geschieht. Nach dem heutigen Stande der Technik ist die Uebertragung auf Kabeln der sicherste Weg; aber auch Versuche der Uebertragung auf drahtlosem Wege sind in den Vereinigten Staaten bereits durchgeführt. Die Bildtelegraphie stellt eine vielversprechende Vereinfachung des Fernverkehrs dar. Man kann aber

auch Unterchriften, Photographien verfolgter Verbrecher, Identitätsnachweise, ja sogar ganze Zeitungstexte auf diesem Wege übermitteln.

Bub oder Mädel? Zu den noch immer unaufgeklärten wissenschaftlichen Fragen gehört die Vorausbestimmung des Geschlechts. Abul-Buhari, ein Bauer aus einem Verdorf des Libanon, will aber jetzt das unzuträgliche Mittel zur Geschlechtsbestimmung aufgeben haben. Er hat einen besonderen Turnus des Kalendermonats erdonnen, den er in „volle“ und „leere“ Tage einteilt. Die ersten fünf Tage des Monats sind nach dieser Theorie „voll“, die folgenden fünf „leer“, die nächsten vier wieder voll und die darauffolgenden vier wieder leer; die nächsten drei und die nächsten zwei sind ebenso eingeteilt. Der vorletzte Tag des Monats ist voll und der letzte leer. An den „vollen“ Tagen gibt es nur Knaben, an den leeren Mädchen. Der biedere Bauer, dessen ländlicher Einfalt alle Steifheit der zünftigen Gelehrten nicht imponiert, behauptet, daß er heiß und heiß das Mittel selbst mehrmals angewandt habe und noch niemals enttäuscht worden sei. Er habe auch solche Versuche mit Tieren angestellt und sei dabei zu den gleichen Schlüssen gekommen. — Sollte der Korrespondent des „Matin“, der seinem Blatte diese Meldung telegraphiert, nicht etwa selbst „voll“ gewesen sein?

Ein Großkraftfluggesetz. Es werden jetzt genauere Mitteilungen über ein Großkraftfluggesetz gemacht, das 4 Tonnen (80 Zentner) Ladung mit 80 Meilen Stundengeschwindigkeit transportieren soll, ohne größere Kosten zu verursachen, als der gewöhnliche Bahntransport ausmacht. Es handelt sich um einen riesigen Eindecker mit einer Spannweite von 170 Fuß. Er wird von zwei Motoren angetrieben werden. Im beladenen Zustand wird der Apparat ein Gewicht von 10 Tonnen haben. Besondere Vorrichtungen werden die Beladung erleichtern. Ein derartiges Flugzeug könnte mit feigen 4 Tonnen Ladung am Abend in London aufsteigen und am frühen Morgen in Marseille sein.

Erdbeben-Gedenktag in Japan. In Japan gedachte man am 1. September im ganzen Lande in einer feierlichen Zeremonie des Jahrestages des großen Erdbebens, bei dem 90.000 Menschen, darunter auch viele Europäer, getötet oder verletzt worden sind. In Tokio waren die Straßen geschloffen. Die Töchter an den öffentlichen Gebäuden waren mit schwarzem Flor umkleidet, und Hunderte von kleinen Prozessionen fanden zu den Tempeln statt. Als es 12 Uhr war, gaben Sirenen das Zeichen für ein allgemeines Stillstehen von einer Minute. Es war ein ergreifendes und zugleich unheimliches Schauspiel, als auf den gellenden

Schrei der Sirenen hin die ganze Bewegung und der Lärm der Großstadt stockte und sich ein feierliches Schweigen über Tokio legte.

Das Segelflugzeug als Rettungsboot. Laßt die Segelflugzeuge herunter! wird künftig das Kommando lauten, wenn ein Schiff in Seenot ist, denn in absehbarer Zeit dürfte das Segelflugzeug das gewöhnliche Rettungsboot ersetzt haben. Nach eingehenden Versuchen glauben die englischen Sachverständigen, daß das Segelflugzeug große Vorteile von den bisherigen Rettungsfahrzeugen bietet. Man kann nicht nur mit dem Flugzeug im Falle der Gefahr eventuell nach der Küste fliegen und Hilfe holen, sondern man kann das Flugzeug auch als Boot benutzen und Passagiere und Mannschaften damit retten. Die Seiten sind dabei, daß die Segelflugzeuge gebrechliche Maschinen waren, die aus Holz bestanden und keine kräftigen Motoren hatten. Dementsprechend wird hauptsächlich Metall bei ihrer Herstellung verwendet und die Motoren sind von großer Kraft und Widerstandsfähigkeit. Ein modernes Segelflugzeug kann selbst in einem starken Sturm sicher fliegen; es kann selbst bei widrigem Wind eine Strecke von 110 Kilometern in der Stunde zurücklegen.

Das Verühren der Gegenstände ist — erlaubt! Das neue wissenschaftliche Museum in Washington hat Anordnungen getroffen, die es dem Besucher erlauben, die Ausstellungsgegenstände unter eigene Kontrolle zu nehmen, oder selber zur Ueberprüfung der neuesten Fortschrittsberichte durch das Experiment zu schreiten. Professor Michelson, der bekannte Nobelpreisgewinner, stellt sogar sein Interferometer zum Gebrauch, damit jeder Besucher die Interferenzen vornehmen kann, und das staatliche Wetterbureau stellt seine allerneuesten Wettermesser zur Benutzung frei. Natürlich ist auch „Radio“ in seinen neuesten Erscheinungen vertreten und zur Benutzung frei. Durch das neue Museumsinstitut „Das Verühren der Gegenstände ist erlaubt!“ will das wissenschaftliche Schmeichelhäuschen das Interesse der Amerikaner an den Fortschritten der modernen Wissenschaft wecken und — Geschick ist Geschick! — Masse für weitergehende, dauernde Anschaffung des Museums werben.

Ein Vönd-Deutmal in der Seide. In dem Seidenort Basel bei Githorn, in welchem Hermann Vönd häufig in den Jahren 1901 bis 1911 als Gast einkehrte, ist ihm inmitten blühender Seide ein schlichtes Deutmal aus demaltigen aufeinandergefügten Nadelnsteinen errichtet worden, deren oberer die einfache Aufschrift „Hermann Vönd 1901 bis 1911“ trägt.

Unser neues Massenverkaufssystem

ist aufgebaut auf dem Grundsatz:

Massenablaß = Verringerung der Unkosten

Außergewöhnlich niedrige Kalkulation Beispiellos billig

Die Verkaufsräume werden morgen Freitag, den 12. September, vormittags 9 Uhr, geöffnet.

Aus unseren Lagerbeständen, nicht als Extraangebote, erwähnen wir heute nur:

Handschuhe

- Damen-Zwirnhandschuhe 95^p
mit Aufsicht, weiß und schwarz
- Herren-Handschuhe 145^p
mit Aufsicht, in modernen Farben
- Damen-Nappa-Handschuhe 77^p
aus gutem Leder
- Damen-Handschuhe 97^p
in neuen Farben, haltbare Qualität

Strümpfe

- Damenstrümpfe 95^p
Doppelschle, Hochfaser
- Damenstrümpfe 135^p
solide Qualität
- Damenstrümpfe 195^p
Seidenstrümpfe, moderne Kleiderfarben, Doppelschle, Hochfaser
- Damenstrümpfe 95^p
prima Seidenstrümpfe in großen Farbassortiment, Ersatz für reine Seide

Trikotagen

- Korsettschoner 75^p
gestickt
- Damen-Schlupfhosen 165^p
in vielen Farben, schwere Qualität
- Herren-Garnituren 75^p
gute Qualität, beste Verarbeitung
- Herren-Normalhemden 75^p
gute Qualität, Doppelschle, gute Verarbeitung

Damenkonfektion

- | | |
|--|--|
| Mantel 26 ⁵⁰
Stoff englischer Art, in dunklen Farben, weit geschnitten | Haarskleid 13 ⁵⁰
Velour, in reizenden Karos |
| Mantel 45 ⁰⁰
schwerer Flansch, mit Absätze, weite Regianform | Kleid 39 ⁰⁰
reißwollener Cheviot, mit Plissee und aparter Knopfverzierung |
| Mantel 69 ⁰⁰
Velour de laine, mit feiner Biesenverarbeitung, in allen Farben | Kleid 49 ⁰⁰
reißwollene Schottensstreifen, jugendliche feste Form, mit Ledergürtel und Knöpfchen |
| Mantel 89 ⁰⁰
aus gutem Eskimo, mit Schalkragen u. Pelzummantelung | Jumperkleid 69 ⁰⁰
aus reißwollenerm Trikot, in apart. Farben, reizende Form |
| Mantel 135 ⁰⁰
Velour de laine, feste Form mit großem Pelzkragen | Rock 24 ⁵⁰
reißwollener Cheviot, in Gruppen plissiert, schwarz und marine |
| Handschuhe 9 ⁷⁵
Velour, in schönen dunklen Streifen | Handschuhe 6 ⁹⁰
Flanell, helle Streifen |

Damenhüte

- Backfischhüte 12⁵⁰
aus Velvet, leich. Form, schöne, mod. Farb.
- Backfischhüte 13⁷⁵
kleidsame, mod. Formen, a. Velvet, i. all. Modif.
- Damenhüte 12⁵⁰
a. kunsts. Zylinderstoff, mod. Formen, m. Ripsbandgarnierungen 18 50, 16 75
- Damenhüte 17⁵⁰
aus Silkinasamt, typisch neue Form, mit geschmackv. Garnituren
- Damenhüte 27⁵⁰
aus Seidensamt, mod. Formen mit eleg. Plissee- u. Ripsbandgarn.
- Filzhüte 7⁵⁰
moderne, kleidsame Formen und Farben, fertig garniert 17 50, 13 75

Kleiderstoffe

- Popeline 265^p
moderne Streifen u. Karos, doppeltbreit
- Cheviot 290^p
schwarz und marine, haltbare Ware, 115 cm breit
- Popeline 590^p
reine Wolle, gute Kleiderware, ca. 90 cm breit
- Streifen u. Karos 650^p
in neuen modernen Farbstellungen, reine Wolle, 100 cm br.
- Gabardine 1475^p
für Kostüme und Kleider, la Kammgarware, 130 cm breit
- Velour de laine 1850^p
gute Mantelware, besonders preiswert, 140 cm breit

Beachten Sie die nächsten Inserate.

Freymann

Danziger Nachrichten

Reform des Strafvollzuges.

Nicht Vergeltungs-, sondern Besserungsstrafe.

In doppelter Hinsicht ist die Gestaltung des Strafvollzuges für den Arbeiter von höchstem Interesse. Irregelmäßig durch angelegte Fährten, wird er von der ganzen Schwere des Gefängnisses getroffen und muß am eigenen Leibe die Unzulänglichkeit des Vollzuges von Zuchthaus-, Gefängnis- und Festungsstrafe spüren. Insbesondere sind es die Eigentümlichkeiten, denen Angehörige des Proletariats in erster Linie zum Opfer fallen.

Das Verbrechen ist eine soziale Erscheinung. Es ist die Folge sozialer Mängel im allgemeinen, besonders aber der wirtschaftlichen Not, der ungesunden Wohnungsverhältnisse, der Jugendverwahrlosung, der durch die Lebensbedingungen des Proletariats verursachten physischen und seelischen Entartung, der Trunksucht usw.

Gegen das Verbrechen schützt sich die Allgemeinheit durch die Strafe. Die alten Strafrechtsschulen sahen den Zweck der Strafe in der Vergeltung. Man verurteilte und verurteilt noch heute, die Höhe der Strafe der Schwere der Tat anzupassen, ferner in der Abschreckung — die möglichste harte Strafe sollte anderen als Drohung und Warnung dienen —, endlich in der Unschädlichmachung — langjährige Zuchthausstrafen, die unter Umständen der Todesstrafe gleichkommen, ja die Todesstrafe selbst soll den Verbrecher aus der Gesellschaft entfernen. Die Idee der Besserung spielte nur eine ganz bescheidene Rolle. Das unaufhaltsame Anwachsen der Verbrechen, abgesehen von allen feinen anderen Ursachen, erbrachte aber den Beweis der Unhaltbarkeit dieser Strafrechtsanschauung. Selbst die höchsten Strafen, auch die Todesstrafe, hielten weder die bereits Vorbestraften noch ihre Mitmenschen von der Begehung neuer Verbrechen zurück; ja, die Gefängnisse und Zuchthäuser selbst haben sich vielfach geradezu zu Brutstätten von Verbrechen entwickelt. Man hat die sozialen Ursachen, die den Menschen zum Verbrecher machen, außer Acht gelassen. Um die Gesellschaft wirksam vor Verbrechen zu schützen, mußten einmal die sozialen Mängel durch Ausbau der sozialen und Jugendfürsorge gemildert, zum anderen in dem „Verbrecher“ selbst Sicherungen gegen die Begehung neuer Verbrechen geschaffen werden.

In den angestrebten Ländern wurden diese einfachen Wahrheiten zuerst erkannt. An die Stelle der fahrenden und abschreckenden Strafe sollten Erziehungsmaßnahmen treten, um den Menschen zum Herrn über seine Triebe zu machen und sittliche Hemmungen in ihm zu schaffen. Es wurden Reformgesetze erlassen, in denen Sport und Spiel für Stärkung des Willens, ein Gemeinschaftsleben mit Muth und Selbstregierung für die Pflege sozialer Instinkte forciert. Hinzu trat eine handwerkliche und berufliche Ausbildung. Die bedingte Verurteilung sollte den zufälligen Entlassenen die Möglichkeit der Eigenbewährung verleihen. Fürsorger, Beamte und freiwillige „Brüder“ und „Schwestern“ standen dem bedingt Verurteilten und dem bedingt Entlassenen zur Seite, um ihn moralisch zu stützen und ihm und seiner Familie Berater und Freund zu sein. Nicht die strafende Härte des Gefängnisses, sondern die stützende Milde des Mitbürgers sollte den Woll gegen neue Verbrechen bilden. Auf dem europäischen Festland sind soziale Gesichtspunkte bisher nur sehr wenig in die Praxis eingedrungen.

Das neue Reichsstrafvollzugs-Gesetz vom Jahre 1923 erhebt wenigstens in der Theorie den Erziehungsgedanken zum Prinzip. Es sieht neben anderen wohlthätigen Neuerungen das präventive Strafsystem vor, d. h. den allmählichen Aufstieg der Gefangenen innerhalb der Anstalt von niederen zu höheren Gruppen. Gleichzeitig hat sich auch die Arbeitsgemeinschaft für Strafvollzugsreform gebildet, in der eine Reihe von Männern und Frauen, Gelehrte, Gefängnisdirektoren, Fürsorger, Lehrer, Pfarrer und andere mehr sich zusammengefunden haben, um dafür zu sorgen, daß die neu proklamierten Grundsätze nicht auf dem Papier stehen bleiben. Alle diese Bestrebungen sind jedoch zum Scheitern verurteilt, so lange die Strafvollzugs-Beamten selbst nicht von den neuen Ideen der Erziehung und Besserung der Gefangenen durchdrungen sind und die breiten Massen der Bevölkerung sich nicht bereit finden, an der Unterstützung der mit Verwahrlosungstritten Bedachten und aus der Haft Entlassenen mitzuwirken. Die Lehren der modernen soziologischen Strafrechtsanschauung, an deren Spitze der italienische Sozialist Enrico Ferri steht, dringen nur langsam in das Bewusstsein des Volksgeschehens ein. Um so eher müßten sie Gemeingut der Arbeiter-

klasse werden. Diese wird aus natürlichen sozialen Ursachen am stärksten von der Praxis des Strafvollzuges betroffen, und ist deshalb auch am meisten an einer sinnvollen Bekämpfung von Verbrechen und Verbrechern interessiert.

Besserung des Geldmarktes.

Herabsetzung der Zinssätze.

Endlich hat sich die Bank von Danzig entschlossen, eine Herabsetzung des Diskontsatzes vorzunehmen und zwar ist dieser mit Wirkung vom 11. September von 12 auf 10 Proz. festgesetzt; gleichzeitig ist der Lombardsatz von 12 auf 10 Proz. ermäßigt. Wenn auch diese Ermäßigungen nur gering sind, so ist wenigstens der Anfang gemacht, um zu einer Entspannung auf dem Geldmarkt zu kommen. Da die übrigen Banken sich diesem Vorhaben werden anschließen müssen, so dürften wenigstens geringe Erleichterungen in der Kreditausgabe für Handel und Industrie eintreten. Auf eine Besserung der Lage ist um so mehr zu rechnen, als der Geldmarkt in letzter Zeit Anzeichen größerer Flüssigkeit zeigt. Die Bank von Danzig hat auch infolge der Besserung des Geldes resp. engl. Pfunds ihren Devisenbestand erheblich vergrößern können und weist ihr Notenumlauf zurzeit eine außerordentlich gute Deckung auf. Dadurch ist die Bank von Danzig imstande größeren Kreditansprüchen nachzukommen. Um eine erhebliche Milderung der Wirtschaftskrise zu erwarten, wäre allerdings eine weitere Herabsetzung der Zinssätze erforderlich.

Preis-Stimmungsmache?

Der Landbund gibt von Zeit zu Zeit Berichte über den Stand der Ernte heraus. Der letzte hat folgenden Inhalt:

Während bis Mitte August das Erntewetter im Bezirk des Freistaats trocken und warm war, und überall Mähd und Roggen gut eingebracht werden konnten, setzte um diese Zeit regnerisches Wetter ein, das zunächst weniger schädete, vielmehr nur die Erntearbeiten erschwerte und das Einfahren behinderte. Mit dem 23. August und seinem 120 Millimeter Niederschlag wurde die Ernte, insofern auf äußere Gefährdung, umso mehr als auch nach dieser Zeit das regnerische Wetter anhält und noch anhält. Kaum ist die Frucht zum Einfahren trocken, dann regnet es wieder. Bis zum Eintritt des Regenwetters waren wie stets die Erntearbeiten in den einzelnen Bezirken des Freistaats verschieden geartet, da die Frucht in den niedrigen gelegenen Teilen der Niederung und den hoch gelegenen der Höhe 1-2 Wochen später reif wird, wie in den höher bzw. niedriger gelegenen. So ist denn auch der durch das Regenwetter verursachte Schaden verschieden, ganz besonders groß in den niedrigen gelegenen Teilen der Niederung; hier hatte man vor dem 23. August kaum mehr wie Roggen und Mähd eingebracht. Die Schmäden lagen und die Stiegen standen mit ihren Stoppeln im Wasser, und die Abmahlmähd konnten die Wassermengen nicht sofort beseitigen. Nach einer Woche, wie das meiste Getreide endlich trocken war, regnete es wieder in Strömen. In dem ganzen Zeitraum vom 17. August bis zum 7. September hat es keine 4 Tage gegeben, an denen trocken eingebracht werden konnte. Das Getreide ist ausgemähd, die Erbsen aus den Hülsen gefallen, das Stroh zu Futterwacken nicht verwendbar. Kleearummet, soweit gemäht, verdorben. Man muß zurückgehen bis 1888, wo es nach einem ebenso schmerzhaften Winter, einen ebenso niederschlagsreichen, allerdings erheblich kühleren Sommer gab. In dem ganzen langen Zeitraum von 36 Jahren haben wir hier eine ähnliche Schädigung durch ungünstiges Erntewetter nicht zu verzeichnen. Die Schäden wären noch größer, wenn nicht Erntearbeiter überall ausreichend vorhanden gewesen wären. Allerdings verzeichnen die lange anhaltenden Arbeiten die Kosten für die Ernte ungewöhnlich. Die an sich nicht geringen Erntearbeitskosten sind durch das ungünstige Wetter sehr erheblich vergrößert.

Man wird sich nicht des Gedrucks erwehren können, daß mit diesem Bericht die Bevölkerung nicht nur über den Verlauf der Ernte aufgeklärt sondern auch gleichzeitig für Preissteigerungen Stimmung gemacht werden soll. Anders sind die neuen Klagelieder der Landwirte kaum zu verstehen. Es wird abzuwarten sein, was daran wahr sein wird.

Am Vorortverkehr Danzig-Roppot wird aus Anlaß des Wiederbeginns des Danziger Reitvereins auf der Rennbahn bei Roppot am Sonntag, den 14. September und am Sonntag, den 21. September, von 10.05 Uhr ab nach Be-

darf 10-Minutenverkehr eingerichtet werden. In der Zeit von 12.00 Uhr mittags bis 5.00 Uhr halten alle Vorortzüge in beiden Richtungen am Rennplatz.

Verwüstungen durch Sturm. Durch Sturm sind zahlreiche Fernsprech-Leitungen im Freistaatsgebiet, Polen und Ostpreußen gestört. Störungsbehebungsarbeiten sind im Gange.

Ins Ausland geflüchtet ist der Kaufmann und argentinische Konsul E. Wroczynski, der im Frühjahr dieses Jahres durch seine Kreditmanipulationen mit der Danziger Girobank großes Aufsehen erregte. Bekanntlich hatte W. mehrere ungedeckte Schecks über große Summen in Zahlung gegeben, wodurch die Girobank in Zahlungsschwierigkeiten kam und vor dem Konkurs stand. W. hatte sichlichlich Sicherheiten gestellt. Jetzt ist er unter Zurücklassung größerer Verbindlichkeiten mit seiner Familie aus Danzig geflüchtet. In Berlin soll W. größere Juwelensätze gekauft haben ohne Zahlungen zu leisten und unter Zurücklassung seiner Familie mit einer Gefährtin ins Ausland geflohen sein. Auch in der Schweiz soll er noch Verfassungen erschwindelt haben. Wohin W. sich weiter gewandt hat, ist nicht bekannt.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, am Spohnhaus 6, gegen Vorzahlung entgegen genommen. Zellenpreis 15 Guldenpfennig.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt. Sitzung des Vorstandes nicht Freitag, sondern Donnerstag den 11. September, abends 7 Uhr, im Parteibureau.

SPD. 5. Bezirk Danzauer. Donnerstag, den 11. September, abends 7 Uhr, im Kleinhammerpark: Sehr wichtige Funktionärssitzung. Die Interfrierer müssen unbedingt zur Stelle sein.

SPD. Bezirk Ddra. Donnerstag, den 11. September, abends 6 1/2 Uhr in der Sporthalle: Vortrag des Gen. Beiter „Die Feuerbestattung“. Gäste können eingeladen werden. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Arbeiter-Abstinenz-Bund (Ortsgruppe Danzig). Morgen, Donnerstag, den 11. September, abends 7 Uhr, im Heim: Pieder und Unterhaltungssabend. (14602)

Danziger Männergesangsverein von 1891. Heute: Gesangsstunde fällt aus, dafür Sonntag 11 Uhr. (14617)

Antisozialisten-Gruppe. Freitag, den 12. September, abends 7 Uhr im Heim: Literarische Abend — G. Toller.

3.-B. d. Masch. u. Seizer. Versammlung Sonnabend, den 13. 9., abends 7 Uhr, bei Reimann, Reichmarkt 6. Berichtserstattung vom Verbandstag. Es ist Pflicht der Kollegen, zu erscheinen. (14610)

Wasserstandsberichte am 11. September 1924.

	8. 9. 9. 9.	Kurzebrach . . . + 1,64 + 1,77
Lamisch . . .	+ 1,89 + 1,85	Montauerpfie . . . + 1,05 +
	9. 9. 10. 9.	Diesel . . . + 1,06 + 1,12
Marshau . . .	+ 1,98 + 1,94	Dirschau . . . + 0,94 + 1,01
	9. 9. 10. 9.	Einslage . . . + 1,96 +
Ploß	+ 1,17 + 1,46	Schwenhorst . . . + 2,34 + 3,10
	10. 9. 11. 9.	Regat:
Thorn	+ 1,32 + 1,72	Schwan O. P. . . + +
Tordon	+ 1,22 + 1,61	Galgenberg O. P. . . + +
Calum	+ 1,50 + 1,45	Neuhofersbuck . . . + +
Gradenz	+ 1,14 + 1,32	Amwache + +

Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 10. 9. 24

1 Rentenmark 1,34 Gulden.

1 Mark 1,09 Danziger Gulden.

Scheck London 25,01 Danziger Gulden

Perlin, 10. 9. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,7 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 10. September. (Ämtlich)

In Danziger Gulden per 50 Kq. Weizen 13,85. Roggen 12,35. Gerste 13,00-14,00, kujawische bis 14,60. Hafer 9,50-10,00. Viktoria-Erbisen, prima trocken, 20-23 Gulden.

Verantwortlich: für Politik Ernst Soops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Anzeigen Anton Krook. sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Gebl & Co., Danzig.

Warum sich so viele Amerikanerinnen scheiden lassen

Was Ärzte, Geistliche und Standesbeamte sagen.

Es ist bekannt, daß die Vereinigten Staaten das flämische Land der Scheidungen sind. Die neuesten statistischen Erhebungen haben ergeben, daß Amerika im letzten Jahre mit 149.000 Ehescheidungen gegenüber 70.000 im Jahre 1922 auf diesem Gebiet seinen eigenen Rekord geschlagen hat. Diese selbst für Amerika enormen Ziffern haben den Bürger, der stolz auf die sittliche Ordnung im „Land Gottes“ ist, in große Aufregung versetzt, und amerikanische Journalisten haben sich sofort mit Eifer an die psychologische Ergründung der erschreckenden Verfallserscheinungen gemacht, wobei sie Ärzte, Geistliche und Standesbeamte um ihre Meinungen gefragt haben.

Einer der berühmtesten amerikanischen Psychologen, Dr. William A. Hickson, nahm sich nicht viel Mühe zum Nachdenken, sondern notierte auf ein Blatt Papier folgende drei Punkte: 1. Geisteschwäche, 2. Dementia praecox, 3. Geisteschwäche plus Dementia praecox. Seine Aufzeichnungen erläuterte er folgendermaßen: Diese drei Krankheiten, die letzten Endes nur verschiedene Grade derselben Krankheit sind, bilden den Boden, auf dem alle sittlichen Erankungen der Menschheit ruhen. In Amerika ruht sich die Mischung der Rassen und die soziale Umwälzung zu reich und zu leicht. Man nehme eine Bauernfamilie, in der die Dementia praecox heimisch ist. Die Söhne studieren meist an einem College, sie erhalten dort eine gute Erziehung und feineren Bildung. Der Zutritt zur besten Gesellschaft steht ihnen offen. Sie heiraten in diese Kreise ein. Damit beginnt das Drama. Eines Tages bemerkt die Frau, daß ihr Mann nichts als ein Tier ist, und damit ist die Ehe vernichtet. In Europa gibt es so etwas nicht. Der arme Mensch in den gleichen Verhältnissen würde eine Partnerin heiraten; sie würden vielleicht eines Tages die gleiche Krankheit machen; aber sie besteht eine größere Widerstandsfähigkeit gegen die Brutalität des Mannes. Das ist der ganze Grund für die vielen Ehescheidungen in Amerika.

Die Journalisten fanden nicht ganz mit Unrecht diese Betrachtungsweise etwas gar zu summarisch und primitiv und holten die Ansicht der Standesbeamten ein. Richter Morran, Präsident des Scheidungsgerichtshofs in New York, führte die Ehescheidungen schon auf sechs Punkte zurück. 1. Das Geld: die Frauen wollen zu oft über ihre

Verhältnisse leben. 2. Die Begehrlichkeit; die Männer vernachlässigen ihre Frauen. 3. Der Mangel an moralischem Sinn. 4. Das Trinken; die Prohibition hat es mit sich gebracht, daß man nicht nur in den unteren, sondern auch in den oberen Schichten dem Alkohol huldigt. 5. Der Charakter; die Leute vertreiben sich ihre Zeit mit Bank und Streit. 6. Das Geschlecht; oft sind zwei Menschen fürs Leben verbunden, die nicht zusammen paßen.

Der Attorney Leonard McGee, durch dessen Hand jährlich 4000 Ehescheidungen gehen, wußte noch mehr Gründe für das Scheidungsfever im Yankee-Land anzuführen. Er sagt: „Ich habe zehn Gebote für den Ehestand aufgestellt. Wenn man diesen Dekalog beachten wollte, würden die Ehescheidungen bald zu den unbekannten Dingen zählen. Richter Hoffmann vom Scheidungsgerichtshof in Cincinnati gab die Hauptursache der Ehekrise, die nicht ihre Pflicht tue. „Der amerikanische Richter“, sagte er, „ist nicht mehr als eine Maschine, die Schriftstücke und Urteile unterschreibt. Er genehmigt die Ehescheidung, ohne sich um die Vorgeschichte der Ehegatten zu kümmern und an das Schicksal der Kinder zu denken. Einer meiner Kollegen hat 900 Ehescheidungen im Monat zu verurteilen. Ein anderer sagt mir immer: Jede Ehescheidung macht vier Menschen glücklich, warum soll ich nicht zum Glück meiner Mitmenschen beitragen?“

Die Geistlichen, die von den Zeitungsleuten befragt wurden, sahen die Ursache im moralischen Verfall und in der Verachtung der göttlichen Gesetze. Rev. Rainsford nannte das amerikanische Ehegesetz überhaupt unmoralisch und hässlich. Es erlaube die Ehescheidung ohne besondere Umstände und fast ohne Formalitäten. „Ich habe“, sagte der Geistliche, „folgenden traurigen Fall erlebt: Ein junger Frau von 15 Jahren lernte auf einem öffentlichen Ball einen Mann von 35 Jahren kennen. Das Paar stellte sich am nächsten Morgen auf dem Stadthaus vor und verlor die Ehescheidung. Sie gab eine unrichtige Altersangabe ab, er verheimlichte seinen Gesundheitszustand. Der Standesbeamte händigte ihnen darauf die Ehescheidung aus, und das Paar wurde am selben Abend noch von einem Geistlichen getraut. Nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß der Mann ein ehemaliger Verbrecher war. Er wurde verhaftet. Die schwärmere Frau kam in ein Krankenhaus; sie hatte sich in ihrer jungen Ehe ein schweres Geschlechtsleiden zugezogen. Deraleichen wäre in Europa nicht möglich. Wir machen uns über den europäischen Formalismus lustig; aber er hat auch seine guten Seiten, denn er würde derartige Verbrechen nicht zulassen.“

Diese Erklärungen haben in Amerika tiefen Eindruck gemacht. Eine amerikanische Zeitung vertritt die Anschauungen des Rev. Rainsford mit der Überschrift: „Wir gehen dem Verfall entgegen, weil es uns an Beamten fehlt.“ (Nach all diesen Ausführungen müßten wir in Europa die glänzendsten Verhältnisse haben. Doch warum gibt es bei uns nicht so viel Ehescheidungen? Die Antwort ist einfach: Weil unsere durchaus konservative Ehescheidungsmache heutzutage Schwierigkeiten macht, während das in Amerika alles viel schneller geht. So hat jeder seine Sorgen: den Amerikanern geht es schnell, uns manchmal — zu langsam. Die Red.)

Piratenüberfall auf ein Schnapschiff. Der französische Dampfer „Mühlhausen“ hatte 35.000 Litern mit verschiedenen Likören an Bord. Der Kapitän des Dampfers hatte das Recht, unterwegs beliebige Mengen von Likör auf Rechnung der an der Ladung interessierten französischen Häfen zu verkaufen. So verkaufte der Kapitän am 20. Juni fünfzig Litern mit Spirituosen an den Kommandanten eines Segelschiffes, der „Bakara“, der die Lieferung bar bezahlt und neue Bestellungen in Aussicht stellte. Sechs Tage später „anete die „Mühlhausen“ abermals der „Bakara“, deren Kommandant an Bord der „Mühlhausen“ kam. Während die beiden Kapitäne in der Kabine verhandelten, sprangen plötzlich zwanzig bewaffnete Matrosen an Bord der „Mühlhausen“ und hielten der übermühten Besatzung des Dampfers Pistolen unter die Nase. Der Mann Karlen Bakara blieb nichts anderes übrig, als sich zu ergeben. Die Leute wurden nun in den Frachtraum getrieben und eingesperrt, worauf die Piraten das Schiff systematisch zu plündern begannen. Gleichzeitige tauchten am Horizont fünf Segelschiffe auf, die ihren Kurs auf die „Mühlhausen“ nahmen. Die fünf Piratenschiffe übernahmen nun die gesamte Plünderung der „Mühlhausen“. Als die Piraten mit ihrer Arbeit fertig waren, befreiten sie einige Schiffskleute von der „Mühlhausen“, damit sie die Tante zu dem Piratenschiff führen. Sodann nahen die sechs Seeräuberboote in See. Einer der Vortoren war vor kurzer Zeit so unvorsichtig, in Kalifornien zu gehen. Hier erkannte ihn der Obermaat der „Mühlhausen“, der sich gerade auf Urlaub dort befand, und verurteilte die Besatzung, die an die schändliche Verhaftung der Mannschaften des Piratenschiffes schickte. Der Wert der geraubten Spirituosenladung wird mit 50.000 Dollar beziffert.

Am 9. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schwerem u. mit unendlicher Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute, treusorgende, unvergeßliche Mutter, Schwägerin und Tante

Frau Anna Marie Therese Wehrle geb. Alsdorf

Mitglied des Stadttheaters
im Alter von 47 Jahren 7 Monaten.

Danzig, den 11. September 1924.

Adolf Wehrle, Sänger, Danzig.
Anny Wehrle, Sängerin, Barmen.
Luise Wehrle, Sängerin, Hamborn.

Im Sinne der Verstorbenen, wie im eigenen, wird höflich gebeten, von jeder Kranz- oder Blumenspende absehen zu wollen und werden daher solche nicht entgegengenommen. Wenn es beliebt, mag bitte lieber die etwaig beabsichtigten Aufwendungen hierfür einem Wohltätigkeitsstift überweisen. Die Einäscherung findet Montag, nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Krematorium statt.

(11613)

Stadttheater Danzig.

(Intendant: Rudolf Schaper.)

Sonntag, den 14. September 1924.

Eröffnung der Spielzeit 1924/25. Vormittags 11 1/2 Uhr.
Erste (literarische) Morgenfeier: Hermann Herz

Strindberg und die Frauen.

(Betrachtungen zur Aufführung des „Traumspiels“).

Preise: I. Rang u. Parkett 1.50 G., II. Rang 1.— G.,
Sitzparterre u. III. Rang — 75 G.

Abends 6 1/2 Uhr: Dauerkarten haben keine Gültigkeit!

Lohengrin.

Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Elfa... Frieda Meyer vom deutschen Opernhaus in Charlottenburg als Gast.

Montag, den 15. September 1924, abends 7 Uhr:

Dauerkarten: Serie I. Zum 1. Male:

Ein Traumspiel

von August Strindberg. Verdeutschte von Emil Schering in 15 Bildern und einem Vorspiel. Musik von E. von Rejzneck.

Dienstag, den 16. September 1924, abends 7 Uhr.

Dauerkarten haben keine Gültigkeit!

Der Troubadour.

Oper in vier Akten von Gaetano Cappi.



Mit ATA putzt es sich famos:
Der ATA-Engel-seht dich bloß!
Will es sogar dazu benutzen
Dem Mond die Nase blank zu putzen!
ATA putzt u. reinigt großartig!

TAPETEN

Große Auswahl
Billige Preise

Danziger Tapetenhaus
Heil.-Geist-Gasse 97
Gegenüber d. Kaiserhof.
14135

Gut erhaltener,
eif. Kochherd
1,90 m lang, 37 cm breit,
10 cm hoch, bill. zu verk.
Weißmönchshinterg. 10.

Bill. zu verkaufen:
1 Gabard. Anzug (Gr. 165)
und Damen-Kostüm für
starke Figur. Kuklewski,
Gr. Willberg. 4, 3 Tr.

Anst. junger Mann,
18 Jahre alt,
bittet um Stelle
als Kutscher od. Arbeiter.
Offert. unter V 1360 an die
Exp. der Volksstimme (†)

Freundl. Zimmer
möbliert,
zu vermieten.
Schulb. 10, 1 Treppe.

Möbliertes Zimmer
oder teilweise möbliert, von
alleinstehender Frau zu
mieten gesucht. Angebote
unter 1359 an die Expd.
der Volksstimme. (†)

Gute Waldhirsche
gejagt. Hesse, Oliva,
Pelonker Str. 60, Hant-
stelle 4. Hof. (†)

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden, insbesondere Herrn Pfarrer Großmann für die trostreichen Worte am Grabe, sagen wir hiermit unsern innigsten Dank.

Im Namen
der tieftrauernden Hinterbliebenen.

Eduard Lipka.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Erneuerung des Antrags auf den Rücktritt der Güterklappen der Grünen Brücke macht eine Sperrung derselben vom 15. bis 20. September 1924 täglich von 12 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens für den gesamten Verkehr erforderlich.

Der Polizeipräsident.

Öffentliche Steuermahnung.

Die am 10. d. Mts. fällig gewesene Einkommensteuer und Körperschaftsteuer nach den letzten überlieferten Guldendekreten sowie die allgemeine Umsatzsteuer ist bis zum 17. Sept. d. Js. einschließlich an die unterzeichneten Steuerstellen, die Steuerhilfsstelle Diegenhof oder an die nach der Bekanntmachung vom 3. 1. 24 bis zum 17. September 1924 zur Annahme berechtigten Kassen der Gemeinden Zoppot, Oliva, Ohra, Diegenhof und Rastdorf zu entrichten. Nach gewandtem Tage werden außer den Gebühren vom Fälligkeitstage an 1% Zinsen monatlich erhoben.

Es wird darauf hingewiesen, daß trotz Einlegung von Rechtsmitteln Zahlung zu leisten ist.

Vom 18. September ab werden die Rückstände kassenpflichtig beigetrieben. Bei Zahlung auf bürgerlichem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Absetzers und des Steuerbezugs rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 18. September der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mit einzufassen sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 271 des Steuergrundgesetzes vom 11. Dezember 1922.

Mahnung des einzelnen Steuerpflichtigen erfolgt nicht.

Schuldensenden mit Ausnahme von Steuerbescheid 7 1/2 bis 12 Uhr vorm.

Danzig, den 11. September 1924.

Städtische und Kreisstadt-Steuerstelle.

Rundfunk-Konzert und -Vorträge

Jeden Abend ab 8 Uhr

Karten bis 6 Uhr im Musikhaus Bogusch erhältlich

Bogusch & Co. b. H. Radiofunkabteil.

Ringkämpfe

im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus

Kämpfe am Donnerstag,
11. September:

Hünenkampf

Karl Kornatz — Siegfried
240 Pfd. — 215 Pfd.
Weltmeister Ostpreußen

Hans Becksch — Tom Barry
192 Pfd. — 202 Pfd.
Deutscher Mittelgewichtsmstr. 1924

Oskar Lippa — Thomas Ginzlich
220 Pfd. — 153 Pfd.
Deutscher Meister Berlin Champion v. Russland im Mittelgewicht

Vorher der große Varietät.
Jahresfest im Linden-Kabarett u. bei Freytag.

Anfang 7 1/2.

Erklärung.

In dem Bestreben, das Interesse für gute Bühnenkunst durch selbständige Veranstaltung von Vorstellungen zu fördern, haben eine Anzahl Danziger Theaterfreunde die „Kleine Bühne“ gegründet und nach einigen Aufführungen im engsten Kreise Gelegenheit genommen auch an die Öffentlichkeit zu treten, in der Absicht, den Reizgewinn der Aufführungen wohltätigen Zwecken zuzuwenden.

Durch die den Zweck unseres öffentlichen Auftretens aus dem Auge lassenden, sich selbst widrigen, wachsenden Zeitungsbesprechungen unserer ersten Vorstellung, mit denen im einzelnen sich auseinanderzusetzen eine reizvolle Aufgabe wäre, fühlen die Darsteller sich in ihren unermüdeten Absichten gehindert und haben der Leitung der Vereinsverwaltung die öffentliche Aufführung des Stückes „Villa Thora“ aufgegeben. Der Vorstand hat diesem Wunsche Rechnung getragen und wird die Vorstellung dieses Stückes am 22. d. Mts. im Vereinsheim gegeben.

Es ist zu bedauern, daß uns dadurch die Möglichkeit genommen ist, der Wohltätigkeit in dem bestmöglichen Maße dienbar sein zu können.

Vorstand und Spielleitung:
„Die Kleine Bühne“ E. V.

Sohlleder in Häuten

Kernschalen und Abfallstücke fertige Lederschäfte in Boxcall usw. — Leder zu Holzschuhsohlen in Schindelmehl, Gummischäfte, Schuhen sowie die besten Halbschuhe

Liga-Gummischulen empfiehlt billigst

Carl Fuhrmann

2. Danz. Nr. 6

Erfolg
sicher durch
Gassner's
Hühneraugen-Paste
Waldemar Gassner
Danzig
Alte Graben 7

Schwanen-Drogerie.

Danzigs
Spielwarenhaus
Julius Meyers
IV. Damm 7
Eingang Bäckerstraße

Neu-Eröffnung!

Schuh-Zentrale

Schmiedegasse 16

bietet Ihnen
beim Einkauf von Schuhwaren

billigste Preise

größte Auswahl

Gute Qualitäten

Schuh-Zentrale

Schmiedegasse 16.

Kaufhaus Sally Bieber

Stadtgebiet 46.

billigste Einkaufsquelle für

sämtliche Bekleidungs-Gegenstände,

sowie Kleiderstoffe, Waschstoffe, Mäntel, Züchen, Gardinen und

Schuhwaren. — Kurzwaren.

1352

Tafelbutter

durch verspäteten Eingang etwas gelitten,
verkaufe jetzt als Koch- und Backbutter

pro Pfd. 2.20 Gulden

Molkerei E. Führer

Danzig, Schiffschlepp 25

Schütz, Unterstraße 2

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Unglaublich

billig aber wahr!

Herren-Anzüge 21 26 G

in allen Größen und
haltbaren Stoffen

Gute Herren-Anzüge 35 G und höher

moderne Form
gute Verarbeitung

Burschen-Anzüge 19 G an

in allen
Größen v.

Winterjoppen in pr. Manchester u. dunkl. haltb.
Stoffen, in allen Preislagen

Pa. Stoff-Gummimäntel, Schwedenmäntel
— ganz besonders preiswert

Gord- und Manchester-Breeches - Hosen,
Arbeits- und Sonntags-Hosen, Westen,
Schlosseranzüge

Herren-, Damen-, Kinderschuhe und Stiefel
in großer Auswahl

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten

Stein's Konfektionshaus

21 Häkergasse 21

HAARNISSE

Kopfgeziefer — baut — Kopf-Nisse
entfernt garantiert in 2 Stunden restlos

NISSHA D. R. G. M. Der Wunderkamm

Verkauf: Aufklärung: Drogerie am Domplatz, 1. Etage
Häckerstraße 72 an der Marktkirche. — Fernruf 377. — 1409

1352

Ist das Licht defekt im Hause
rufe Otto Heinrich Krause

Installationsbüro
jetzt 2. Damm Nr. 15.

Telephon 7935.

Vom Elektrizitätswerk konzessioniert.

Sanjt Danziger Rotgeldhelfer

zum Bek. der Altershilfe
der Stadtgemeinde Danzig
Zuschrift: Gefährliche d. Hankengasse 41, Tel. 7514

Pfeifen
Tabake
billigst
Ernst Steinke
Altstädtischer Graben 21 a
und
Schütz, Krammer Ellbogen 2